

IA

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausschußprotokoll 10/754

10. Wahlperiode

12.11.1987
ni-ro

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

Protokoll

29. Sitzung (nicht öffentlich)

12. November 1987

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 bis 14.35

Vorsitzender: Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkt und Ergebnis

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988
(Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/2250 und 10/2530
Vorlagen 10/1161, 10/1192 und 10/1251

Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung

in Verbindung damit:

Eckwerte der Fachhochschulentwicklung

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/2063

- Fortsetzung der Einzelberatungen und ggf. Ankündigung von
Anträgen

Im Zusammenhang mit dem Haushalt geht der Ausschuß auf die Einnahmen im Bereich des Einzelplans 06, die Rückflüsse aus im Rahmen des BAföG zur Verfügung gestellten Darlehen, die Semesterbeiträge der Studentenwerke in den einzelnen Bundesländern, die durch die beabsichtigte ausschließliche Beschäftigung

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
29. Sitzung

12.11.1987
ni-ro

tigung sozialversicherungspflichtig arbeitender Putzkräfte entstehenden Mehrausgaben, die Topfstellen, das Institut für angewandte Innovationsforschung Bochum e.V. und die Verbuchung der Einnahmen der Kontaktstelle für Informationstransfer sowie die Behandlung der Einnahmen aus der Inanspruchnahme der Hochschule für Technologietransfer bezogen auf die Universität Dortmund ein.

Die Anträge zum Haushalt sollen unter den Fraktionen am 17. November ausgetauscht werden.

Der Antrag der F.D.P. "Eckwerte der Fachhochschulentwicklung" soll von den Fraktionen vorberaten und anschließend im Ausschuß abgestimmt werden.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
29. Sitzung

12.11.1987
ni-ro

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988
(Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/2250 und 10/2530
Vorlagen 10/1161, 10/1192 und 10/1251

Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung

in Verbindung damit:

Eckwerte der Fachhochschulentwicklung

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/2063

- Fortsetzung der Einzelberatungen und ggf. Ankündigung von Anträgen

Allgemeines

1. Entwicklung der Studentenzahlen (s. Anlage 1)
2. Einnahmeentwicklung bei den Hochschulen

Leitender Ministerialrat Dr. Fleischer führt aus, die im Haushaltsentwurf 1988 ausgewiesenen Einnahmen lägen um 45 Millionen DM über denen des Haushalts des Jahres 1987. Als Hauptblöcke wolle er die Bundesmittel für das BAföG, die sich um 27 Millionen DM verringerten, die um 10 Millionen DM steigenden Rückflüsse aus Darlehen und die entscheidende Erhöhung der Einnahmen aus Drittmitteln um 54 Millionen DM nennen.

Auf Wunsch von Abg. Dr. Fischer (CDU) schlüsselt Leitender Ministerialrat Dr. Schneider (Ministerium für Wissenschaft und Forschung) die aufgrund der Rückflüsse der letzten Jahre zu erwartenden Beträge auf:

1988	40 Millionen DM
1989	45 Millionen DM
1990	50 Millionen DM
1991	55 Millionen DM.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
29. Sitzung

12.11.1987
ni-ro

Eine genaue Schätzung erweise sich als sehr schwierig, da man nicht übersehen könne, in welchem Maße die Darlehensnehmer Gebrauch von der Möglichkeit der vorzeitigen Darlehensrückzahlung machten, was zu einer Ermäßigung von bis zu 50 % führen könne.

Die Prognose berücksichtige, daß Studenten, die ihr Studium nicht beendeten und keine Anstellung fänden, ihr Darlehen nicht sofort rückzuerstatten bräuchten.

3. Semesterbeiträge der Studentenwerke in den einzelnen Bundesländern (s. Vorlage 10/1363)

Kap. 06 020 - Allgemeine Bewilligungen

Abg. Dr. Posdorf (CDU) wünscht keine grundsätzliche Erörterung der Frage, doch angesichts der neuesten Pressemeldungen, die aufgrund von Mitteilungen verschiedener Reinigungsfirmen besagten, daß, schliesse das Land nur noch mit Reinigungsfirmen, deren Beschäftigte eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit ausübten, Verträge ab, 50 000 Putzkräfte ihre Arbeit verlören, bitte er zu überdenken, ob die für eine solche Maßnahme im Einzelplan 06 zusätzlich erforderlichen 15 Millionen DM (Tit. 517 20 - Zur Deckung von Mehrausgaben bei den in den einzelnen Kapiteln des Einzelplans 06 ausgebrachten Ansätzen zur Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume) nicht zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoller für andere Aufgaben eingesetzt werden könnten, und fordert vom Ministerium nähere diesbezügliche Informationen aus dessen Geschäftsbereich. Soviel er wisse, seien in anderen Haushalten keine Extraansätze vorgesehen.

LMR Dr. Fleischer macht darauf aufmerksam, daß sich die Zahl 50 000, wenn sie denn stimmte, auf alle Landesbehörden beziehen müsse. Beantworten könne dies aber nur der Finanzminister, der auch den Mehrbedarf errechnet habe.

Abg. Apostel (SPD) hält es im Zusammenhang mit der Haushaltsplanberatung für zu weitgehend, den Grundsatzbeschuß der Landesregierung, daß Menschen, die Reinigungsarbeiten leisteten, sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden sollten, unter Heranziehung des Titels 517 20 und der darin aufgeführten Mehrausgaben in Frage zu stellen.

LMR Dr. Fleischer will den Ausschußmitgliedern anhand der von den Hochschulen angeforderten Berichte über die Anzahl der Putzkräfte, die durch die Umstellung nicht mehr an der jeweiligen Hochschule arbeiten könnten, eine Übersicht anfertigen.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
29. Sitzung

12.11.1987
ni-ro

Abg. Apostel (SPD) betont, die Landesregierung habe die politische Entscheidung getroffen, daß alle Reinigungskräfte möglichst in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen tätig sein sollten. Führte dies zur Entlassung von einigen Frauen, müßte dieses Opfer angesichts der ganz anderen Qualität der Arbeitsverhältnisse der dann sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hingenommen werden.

Zu Titelgruppe 65 - Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der Konzentration und Neuordnung von Studiengängen/Studienangeboten - ist auf Vorlage 10/1333 zu verweisen.

Nach Ansicht von Abg. Dr. Fischer (CDU) müßten die Vertreter des Ministeriums schon jetzt sagen können, wie viele Stellen in den Jahren 1988/89 und 1990 durch Konzentrationsmaßnahmen frei würden.

Bekannt sei natürlich, so Ministerialdirigent Fiege (Ministerium für Wissenschaft und Forschung) die Zahl der anstehenden Pensionierungen, doch häufig gelinge es auch, das Personal eingestellter Studiengänge zu versetzen, so daß dadurch Stellen verfügbar würden. Hinzu kämen noch Todesfälle, so daß ein genauer Überblick schwerfalle.

Ministerialdirigent Dr. Danco (Ministerium für Wissenschaft und Forschung) bemerkt ergänzend zu Vorlage 10/1333, im Gegensatz zum Vorjahr seien diesmal, um die vom Ausschuß mit beschlossenen Maßnahmen auf jeden Fall durchführen zu können, "Vorab-Stellen" notwendig geworden.

Die Ausbringung einer ersten Personalrate zum Aufbau des Interdisziplinären Forschungszentrums für Informatik und Technik in einer Größenordnung von sieben Stellen entspreche der Verpflichtung des Landes aus dem mit der Firma Nixdorf am 23.7.1987 geschlossenen Vertrag.

Man habe sich bemüht, die mit den Vorab-Stellen versorgten Bereiche auch im Notwendigsten mit Sachmitteln auszustatten.

Abg. Dr. Posdorf (CDU) moniert in scharfer Form, daß die Vorlage den Abgeordneten erst heute morgen zugegangen sei. Eine Proformadiskussion aber lehne er ab.

Abg. Apostel (SPD) hat die Vorlage 10/1333 gestern morgen in seinem Fach vorgefunden, so daß nach seiner Ansicht eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Papier durchaus möglich sei.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
29. Sitzung

12.11.1987
ni-ro

Abg. Dr. Posdorf (CDU) wünscht festzuhalten, daß er keine Unterstellung über unterschiedliche Behandlung vorgetragen habe.

MDgt Fiege versichert auf eine Frage des Vorsitzenden, daß der zum 1. Januar 1988 für den Bereich Fermentationstechnik in Bielefeld gewonnene Professor die Voraussetzungen vorfinde, um seine Arbeit aufnehmen zu können.

Zu den Stellen des Topfes 2 führt er aus, daß ihre Verteilung dieses Jahr besonders durch den Versuch geprägt sei, Anregungen - manchmal allerdings Forderungen - der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu befriedigen, das heiße, die Sonderforschungsbereiche, die nach Meinung der DFG aufgrund einer nicht hinreichenden personellen Ausstattung in Gefahr zu geraten drohten, zu bedenken.

Darüber hinaus habe man eine neue Forschungsrichtung, die Neuroinformatik, sowohl in Bochum wie in Düsseldorf relativ gut mit Stellen versehen. Beide Standorte seien berücksichtigt worden, weil sie das beste Potential aufwiesen und es sich bei der Neuroinformatik um einen Bereich handele, den der Bundesminister für Forschung und Technologie demnächst mit erheblich steigenden Mitteln zu fördern beabsichtige. Fachkundiges Personal gebe es nur sehr wenig in der Bundesrepublik, so daß es darauf ankomme, die Fachkräfte nach Nordrhein-Westfalen zu ziehen.

Es existierten zwei unterschiedliche Ansätze, dieses Gebiet zu bearbeiten. Der eine gehe von der Medizin und der Biologie, der andere von den Ingenieurwissenschaften und der Mathematik aus.

Ansonsten fahre man fort, daß in den letzten Jahren Begonnene zu komplettieren.

Abg. Dr. Kraft (SPD) bezieht sich auf Topf 3 und die der Universität Köln daraus zukommende C-4-Stelle für das Fach "Regionalwissenschaft Chinakunde". Er habe Sorge, daß in diesem Bereich etwas doppelt besetzt werde, denn seines Wissens habe auch die Universität Düsseldorf etwas ähnliches initiiert.

Ministerialdirigent Dr. Küchenhoff (Ministerium für Wissenschaft und Forschung) gibt Aufschluß, in Köln werde die Einrichtung eines Diplomstudienganges Regionalwissenschaften Ostasiens mit dem Schwerpunkt China unter Einbeziehung von Geographie, Geschichte und moderner Landeskunde zur Belegung durch über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügende Abiturienten geplant, während es sich in Düsseldorf um ein von der Wirtschaft gefördertes An-Institut, nicht jedoch um einen eigenständigen Studiengang handele, welches sowohl Personen mit Hochschulzugangsberechtigung wie auch Berufstätigen ohne Hochschulzugangsberechtigung zur Weiterbildung dienen solle.